

*Bund Naturschutz in Bayern e.V.*

## **Bundestagswahl: Vier Fragen an Bayerns Parteien**

### **Frage 1**

**Wann sollte nach Meinung Ihrer Partei das letzte bayerische AKW vom Netz gehen?**

### **Frage 2**

**Setzt sich Ihre Partei für ein möglichst schnelles Ende der Atomenergienutzung in Deutschland ein, auch um den Druck auf Bayern zu verringern, den Atommüll im Land endzulagern?**

### **Frage 3**

**Derzeit verursacht ein bayerischer Bürger knapp über sechs Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr. Wie viele sollen es 2050 maximal sein?**

### **Frage 4**

**Welcher Prozentsatz der Gesamtenergieversorgung Bayerns soll im Jahr 2050 aus Erneuerbaren Energien stammen?**

## **CSU**

zu Frage 1

Dies ist dann sinnvoll, wenn ein klimaneutraler Ersatz gewährleistet werden kann. Kernenergie ist aus unserer Sicht eine Brückentechnologie und verschafft Spielraum, um Forschung und Entwicklung bei den erneuerbaren Technologien voranzutreiben. Wenn wir unsere sicheren deutschen Kernkraftwerke nur jeweils um acht Jahre länger laufen lassen, sparen wir 1 Milliarde Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Der größte Teil des zusätzlich durch Laufzeitverlängerung generierten Gewinns soll zur Forschung und Förderung im Bereich Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Strompreissenkung genutzt werden. Unabhängig davon müsste ein AKW vom Netz gehen, wenn es Sicherheitsmängel aufweist.

zu Frage 2

Die Frage der Endlagerung ist generell zu lösen. Insbesondere müssen die Erkundungsarbeiten in Gorleben umgehend wiederaufgenommen werden. Erst vor kurzem haben führende Wissenschaftler Gorleben ein gutes Zeugnis ausgestellt. Der Salzstock Gorleben ist nach 20 Jahren der weltweit am besten untersuchte Standort für ein Endlager radioaktiver Abfälle. Die Suche nach weiteren Standorten ist Steuerverschwendung und reine Verzögerungstaktik.

zu Frage 3

Mit seinem Klimaschutzkonzept verfolgt der Freistaat Bayern das Ziel, die energiebedingten jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu reduzieren. Insgesamt liegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung in Bayern um gut ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt. Unseren erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen. 2020 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Einwohner deutlich unter 6 Mio. Tonnen liegen. Klimaforscher prognostizieren, dass die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahr 2050 gegenüber heute halbiert werden müssen. Hier wird auch Bayern seinen Beitrag leisten.

zu Frage 4

Wichtig für eine erfolgreiche Politik sind überschaubare Zeiträume und realistische Ziele. Deshalb sind die Ziele der Bayerischen Klimapolitik zunächst auf das Jahr 2020 ausgerichtet. Bis 2020 will Bayern den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 10 auf 20 % verdoppeln. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll auf 25 bis 30 % erhöht werden.

## **Bündnis 90 / Die Grünen**

zu Frage 1

Spätestens 2020. Nach geltendem Recht ist im Atomausstiegsgesetz für jedes AKW eine Reststrommenge vorgesehen. Die größte Reststrommenge unter den bayerischen AKWs entfiel dabei auf das AKW Isar2 bei Landshut, das voraussichtlich 2020 vom Netz gehen wird. Wir stehen zu dem Ausstiegsbeschluss. Dabei darf es keinen Sicherheitsrabatt geben. Das Kraftwerk Isar1 muss aufgrund seiner Sicherheitsmängel so schnell wie möglich vom Netz gehen.

zu Frage 2

Ja. Unter den gegebenen politischen und rechtlichen Bedingungen ist das Festhalten am Ausstiegsbeschluss die Strategie mit den größten Erfolgsaussichten. Je lauter die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Parteien CSU und FDP für längere Laufzeiten eintreten, umso größer wird die Gefahr, dass andere Bundesländer auf Bayern blicken, wenn es um den Standort eines Endlagers geht.

zu Frage 3

Maximal zwei Tonnen. Die Reduzierung erfolgt hauptsächlich durch den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung, aber auch durch die Reduzierung anderer Treibhausgase als CO<sub>2</sub>, etwa Methan und Lachgas.

zu Frage 4

Nahezu 100 Prozent. Bis zum Jahr 2050 ist eine fast vollständige Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energie nötig und möglich.

## **FDP**

zu Frage 1

Das letzte bayerische AKW soll dann vom Netz gehen, wenn eine lückenlose Energieversorgung Bayerns durch andere CO<sub>2</sub>-arme Energieformen, wie etwa erneuerbare Energien sichergestellt werden kann. Die Sicherheit muss immer an erster Stelle stehen. Sobald ein AKW die Sicherheitsbestimmungen nicht mehr erfüllt, muss es sofort vom Netz genommen werden.

zu Frage 2

Die FDP setzt sich für einen schnellen Ausbau der regenerativen Energien ein und für mehr Forschung im Bereich der Speichertechnologien, damit Bayerns Energieversorgung ohne Qualitätseinschnitte und zu vernünftigen Kosten der Bürger und der Unternehmen so schnell wie möglich ohne Atomenergie und fossile Energieträger auskommt.

zu Frage 3

Es ist wichtig, den CO<sub>2</sub>-Austoß drastisch zu senken. In Deutschland liegt der Verbrauch an CO<sub>2</sub> bei zehn Tonnen, in den USA sogar bei 20 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Bürger pro Jahr. Bayern liegt mit sechs Tonnen pro Kopf stark unter dem Durchschnitt. Nichtsdestotrotz müssen die Anstrengungen erhöht werden, um den Verbrauch noch weiter zu senken.

zu Frage 4

Wünschenswert ist eine 100-prozentige Versorgung aus Erneuerbaren Energien. Dies ist abhängig vom Stand der Forschung im Bereich der Speichertechnologien und der unter anderem damit einhergehenden Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren Energien.

## **LINKE**

zu Frage 1

Die LINKE fordert den unverzüglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft – in Bayern wie in Deutschland. Sie wendet sich gegen den Export von Atomtechnik ebenso wie gegen überflüssige Atommülltransporte. Eine Kernschmelze in einem AKW würde weite Teile Deutschlands unbewohnbar machen und könnte nicht nur durch technisches oder menschliches Versagen, sondern auch durch terroristische Akte ausgelöst werden. Eine sichere Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll ist über unzählige Jahrtausende nicht zu gewährleisten.

zu Frage 2

Ja, wie in der Antwort auf Frage 1 ersichtlich, steht die LINKE für den unverzüglichen Atomausstieg. Es bedarf dann einer intensiven gesellschaftlichen Debatte, wie und an welchem Standort Atommüll am sichersten verwahrt werden kann.

zu Frage 3

Um dem gleichen Recht für alle Erdenbürger auf ein global verträgliches Maß an Klimagasemissionen zu entsprechen, sollte der Pro-Kopf-Ausstoß auf ungefähr 1,5 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent je Person gesenkt werden.

zu Frage 4

Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Versorgung in Bayern, wie in Deutschland insgesamt, vollständig aus erneuerbaren Energien erfolgen.

## **SPD**

zu Frage 1

Das letzte bayerische AKW ist spätestens 2021 vom Netz. Der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland ist für das Jahr 2021 vorgesehen und vertraglich geregelt. Bis dahin müssen höchste Sicherheitsstandards gelten und die Energieversorger müssen sich angemessen an den derzeitigen Kosten für beispielsweise Asse II und Morsleben beteiligen. Je eher Deutschland aus der Atomenergie aussteigt, umso besser ist dies für die Menschen in Deutschland und für einen weiteren und schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien.

zu Frage 2

Wir setzen auf den Ausstieg aus der Atomenergie, weil sie zu gefährlich und zu teuer ist, weil die Bürger für sämtliche Schäden haften müssten, nicht die Konzerne. Wir wollen zudem eine größtenteils dezentrale und regenerative Energieerzeugung. In Fragen der Endlagerung halten wir daran fest, dass zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle keine politische Vorentscheidung für den Standort Gorleben getroffen werden darf. Vielmehr brauchen wir ein ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden.

zu Frage 3

Wir wollen in Deutschland den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent senken. Der Zielwert sollten annähernd 100 Prozent sein, das heißt die gesamte Energieversorgung sollte auf Erneuerbare umgestellt sein und der CO<sub>2</sub>-Beitrag jedes bayerischen Bürgers bei nahezu null Tonnen, zumindest deutlich unter einer halben Tonne.

zu Frage 4

Im Strombereich soll laut Wahlprogramm der Anteil Erneuerbarer Energien in Deutschland 2030 bei 50 Prozent liegen. Betrachtet man allerdings die Steigerungsraten des Erneuerbare-Energien-Ausbaus von circa drei Prozent jährlich, kommt man in den 2030er-Jahren schon auf 100 Prozent Erneuerbare Energien im Strombereich, mit Skaleneffekten, Massenproduktion und Technologiesprüngen vielleicht schon in den 2020er-Jahren. Also sollten wir uns für 2050 gerade auch in Bayern das Ziel setzen, dass unsere Gesamtenergieversorgung bei 100 Prozent liegt, mindestens bei 95 Prozent.